

PRESSEMITTEILUNG

Entwicklungszusammenarbeit nicht schwächen – Hochschulpartnerschaften erhalten

hlb warnt vor überproportionalen Kürzungen bei der wissenschaftsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit

28. Juli 2026. Die **hlb**-Bundesvereinigung fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt verlässlich zu finanzieren und die wissenschaftsbezogenen Programme mit dem Globalen Süden zu erhalten. Ihr Fortbestand darf nicht zulasten anderer wichtiger Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit gehen.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und weitere Wissenschaftsorganisationen haben bereits vor dem Auslaufen zentraler Hochschulkoooperationsprogramme gewarnt. Nach Angaben des DAAD sinkt der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von 10,06 Milliarden Euro im Jahr 2026 auf 9,47 Milliarden Euro im Jahr 2027 – um knapp sechs Prozent. Die wissenschaftsbezogene Förderung soll dagegen um fast neun Prozent von 55 auf 50,1 Millionen Euro zurückgehen. Die BMZ-Mittel für den DAAD sinken voraussichtlich sogar um mehr als zehn Prozent.

Damit wird ein Bereich überproportional gekürzt, der bislang lediglich rund 0,5 Prozent des BMZ-Etats ausmacht – aber weit über einzelne Projekte hinauswirkt. Nach DAAD-Angaben erreichten die Programme in den vergangenen fünf Jahren fast 120.000 Menschen in knapp 60 Ländern – mit rund 450 beteiligten Partnerinstitutionen. „Das ist eine enorme Reichweite und diplomatische Soft Power, die so nicht leichtfertig anderen Akteuren wie China oder Russland überlassen werden darf“, so **hlb**-Präsident Prof. Dr.-Ing. Tobias Plessing. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit sind die Hochschulen für angewandte Wissenschaften starke Partner: Ihre Professorinnen und Professoren verbinden wissenschaftliche Expertise mit beruflicher Erfahrung und engen Kontakten zu Unternehmen, Kommunen, öffentlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen. Gemeinsam mit Partnern im Globalen Süden entwickeln sie praxisorientierte Studienangebote, qualifizieren Fachkräfte und erarbeiten anwendbare Lösungen – etwa für Energie- und Wasserversorgung, Lieferketten, Gesundheit, Digitalisierung oder nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. „Wissenschaftliche Zusammenarbeit ist kein Randthema der Entwicklungszusammenarbeit. Sie schafft langfristige Strukturen, qualifiziert Fachkräfte und ermöglicht es, Herausforderungen vor Ort aus eigener Kraft zu bewältigen“, so Plessing. „Wer hier kürzt, gefährdet mit vergleichsweise geringen Einsparungen Partnerschaften, die über viele Jahre aufgebaut wurden.“

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind in den betroffenen Programmen im Vergleich zu anderen Wissenschaftsförderungen überproportional vertreten: Im vergangenen Jahr waren sie bei den „Sustainable Development Goals“-Partnerschaften (SDG) mit 26,4 Prozent, bei den Praxispartnerschaften mit 37,2 Prozent und bei den fachbezogenen Hochschulpartnerschaften mit 28,3 Prozent vertreten. Das ist eine deutlich höhere Beteiligung als bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), wo sich der Förderanteil für HAW auf etwas mehr als ein Prozent beläuft. Der DAAD kündigt nun an, die Programme nach den geplanten Mittelkürzungen nicht mehr fortführen zu können. Das wäre fatal, denn hinter diesen Zahlen stehen konkrete

Menschen und Projekte: Professorinnen und Professoren deutscher Hochschulen für angewandte Wissenschaften bauen mit Partnerhochschulen in Afrika, Asien und Lateinamerika praxisnahe Studiengänge auf. Studierende beider Seiten absolvieren Auslandssemester und gemeinsame Projektarbeiten, Lehrende unterrichten in Summer Schools vor Ort, Laborausrüstung und Curricula werden gemeinsam entwickelt, lokale Unternehmen als Praxispartner eingebunden. Aus den Praxispartnerschaften mit afrikanischen Hochschulen gehen so Absolventinnen und Absolventen hervor, die unmittelbar in den Arbeitsmarkt ihrer Heimatländer einmünden – und zugleich über Netzwerke nach Deutschland verfügen.

Solche Kooperationen liegen auch im deutschen Interesse. Sie schaffen Vertrauen, internationale Netzwerke und langfristige Beziehungen zu Hochschulen, Fachkräften, Unternehmen und öffentlichen Institutionen im Ausland. Gerade angesichts geopolitischer Veränderungen und des Wettbewerbs um Fachkräfte und Zukunftsmärkte darf Deutschland diese Verbindungen nicht schwächen. Stipendien und Alumniarbeit bleiben wichtig. Sie können institutionelle Hochschulpartnerschaften jedoch nicht ersetzen.

Kürzungen beim DAAD treffen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften besonders stark, weil der DAAD sich für diesen Hochschultyp in den vergangenen Jahren als verlässlicher, offener und fairer Förderpartner etabliert hat. Mit Programmen wie „HAW-International“ hat sich der DAAD sogar explizit für die Besonderheiten dieses Hochschultyps geöffnet. Angesichts der Bedeutung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften für internationale Kooperationen insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit dürfen Mittel hier nicht gekürzt werden.

Die **hlb**-Bundesvereinigung fordert daher:

- In der wissenschaftsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit darf nicht gekürzt werden. Die SDG- und Praxispartnerschaften sowie die fachbezogene Hochschulpartnerschaften müssen erhalten und erneut ausgeschrieben werden.
- Die besonderen Stärken der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in anwendungsorientierter Forschung, Fachkräftequalifizierung und Transfer müssen künftig stärker genutzt werden.
- Der DAAD muss als Förderpartner der Hochschulen für angewandte Wissenschaften weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Beim Deutschen Bundestag ist eine Petition eingereicht worden, die fordert, die geplante Einstellung der DAAD-Hochschulkooperationsprogramme mit Ländern des Globalen Südens durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu stoppen, die Förderung dauerhaft auf mindestens 25 Millionen Euro jährlich zu verstetigen sowie einen transparenten Dialog zwischen BMZ, DAAD und den betroffenen Partnerhochschulen über zukunftsfähige Finanzierungsmodelle zu etablieren.

Link zur Petition:

https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2026/_05/_30/Petition_201686.html

Kontakt:

Dr. Karla Neschke

Stv. Geschäftsführerin

hlb Bundesvereinigung e. V.

E-Mail: karla.neschke@hlb.de

www.hlb.de

Die **hlb**-Bundesvereinigung ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deutschland mit über 8.700 Mitgliedern. Sie ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet, politisch und konfessionell neutral. Der **hlb** vertritt die gemeinsamen Interessen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Seine Aufgaben sind insbesondere die Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Gesetzgebungsorganen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sowie gegenüber anderen Institutionen des Bundes und der EU, die Förderung und Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen, berufsqualifizierenden, wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung sowie der Fortentwicklung von Hochschulen, die Unterstützung der beruflichen Eingliederung der Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen, die Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen oder Verbänden im In- und Ausland, die Unterstützung von Mitgliedsverbänden durch Dienstleistungen sowie Rechtsdienstleistungen durch Beratung, Beistand und Rechtsschutz für die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Die **hlb**-Bundesvereinigung e. V. ist unter der Registernummer R000026 als Berufsverband im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert und beachtet die Grundsätze integrierter Interessenvertretung nach § 5 LobbyRG.